

LTWP-14 14. Leistungsfähiger Staat – Solide Infrastruktur

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.09.2020

Tagesordnungspunkt: 0. Kapitel 14 Haushalt und Finanzen – Verwaltung – Kommunen – ländliche Räume - Landesplanung – Bauen und Stadtentwicklung – Ländliche Räume – Digitale Infrastruktur – Sport

Text

1 Für uns GRÜNE steht **Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen vor kurzfristigem**
2 **Gewinnstreben**, um auch morgen unseren Kindern noch eine lebenswerte Zukunft
3 bieten zu können. Damit wir unsere Umgebung nachhaltig gestalten, müssen wir
4 gerade beim **Bauen und beim Planen** von Flächen den Klimaschutz stärker mitdenken.
5 Wir wollen Holz als Material bei Neubauten und der Modernisierung von Gebäuden
6 besonders fördern.

7 Unser Staat muss leistungsfähig sein und bleiben. Zu einer lebenswerten Zukunft
8 zählt für uns auch ein **gewissenhafter Umgang mit Steuergeldern und eine solide**
9 **Haushaltsplanung**, die wichtigen Herausforderungen, beispielsweise der Bekämpfung
10 der Klimakrise und der Corona-Pandemie, gerecht wird – ohne dabei nachkommenden
11 Generationen eine untragbare Last aufzubürden.

12 Grüne Politik hat den Anspruch, dass alle Menschen gleichberechtigt am Leben in
13 ihren **Kommunen** teilhaben können. Dazu gehört die **digitale und politische**
14 **Teilhabe** genauso wie der Zugang zu Informationen und zu Mobilität. Wir werden
15 die entsprechende **Infrastruktur fördern**, so unter anderem den digitalen Service
16 in den Verwaltungen ausbauen. Damit alle eine lebenswerte Zukunft mitgestalten
17 können.

18 **Nachhaltiges Haushalten**

19 In den vergangenen Jahren konnte Rheinland-Pfalz nicht nur den Landeshaushalt
20 ausgleichen, sondern Schulden abbauen und Rücklagen bilden. Diese **erfolgreiche,**
21 **nachhaltige Haushaltspolitik** ist das Ergebnis grüner Regierungsbeteiligung. Seit
22 2011 stehen wir für eine solide Finanzpolitik und haben den Landeshaushalt
23 aufgeräumt. Wir konnten verfassungsgemäß die Schuldenbremse einhalten. Doch auch
24 in der Haushaltspolitik hat die Coronakrise tiefe Spuren hinterlassen.

25 Die öffentliche Hand ist gefragt, dort zu unterstützen, wo Hilfe notwendig ist.
26 Das hat zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt. Wir haben auf Landesebene unser
27 Möglichstes getan und den **betroffenen Menschen, Kommunen, der Wirtschaft und dem**
28 **gesellschaftlichen Leben finanziell unter die Arme gegriffen**. Wir tun dies in
29 einem angemessenen Rahmen, denn auch das Land hat weniger Einnahmen in bislang
30 noch unbekanntem Ausmaß. Mit den vorgesehenen Hilfsprogrammen im Jahr 2020
31 können wir die rheinland-pfälzische **Volkswirtschaft stabilisieren**. Diese
32 außergewöhnlichen Ausgaben, die zur Bewältigung der Krise notwendig sind, sind
33 nur aufgrund der **soliden Haushaltsführung** der letzten Jahre möglich.

34 An der Idee der Schuldenbremse, die in der Krise ausgesetzt wurde, halten wir
35 fest. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ein **ausgeglichener Haushalt**

36 möglich ist. Die mühevollte Haushaltskonsolidierung der vergangenen Jahre ist für
37 uns kein Selbstzweck: Es geht vielmehr um unsere **Verantwortung gegenüber**
38 **zukünftigen Generationen** und die damit verbundene Verpflichtung, nicht über
39 unsere Verhältnisse zu leben. Diese Verantwortung bedeutet aber auch: Wir dürfen
40 uns nicht auf Kosten der kommenden Generation kaputtsparen. **Investitionen in den**
41 **Klimaschutz** sind wichtig. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für die Weiterentwicklung
42 der Schuldenbremse ein, die im Rahmen der europäischen Stabilitätskriterien
43 zusätzliche Investitionen des Bundes – insbesondere in den Klimaschutz –
44 ermöglicht.

45 Für Rheinland-Pfalz soll in Zukunft verbindlich gelten: Keine klimaschädlichen
46 Investitionen mit Landesmitteln. Die Bekämpfung der Klimakrise ist ein
47 Querschnittsthema über alle Politikfelder. Auch in der Finanzpolitik müssen wir
48 das Thema vorantreiben. Die neu beschlossene Anlagenrichtlinie für die
49 Versorgungsrücklage des Landes legt fest: Aktienkäufe aus Landesgeldern für
50 klimaschädlichen Investitionen in Kohle, Öl- und Gas sind ausgeschlossen. Für
51 uns ist klar: Auf landes- und kommunaler Ebene müssen weitere Initiativen
52 folgen. Wir brauchen eine **gesetzlich verankerte Divestment-Strategie** für
53 Landesstiftungen, Landesbeteiligungen und ein Beratungssystem für unsere
54 Kommunen.

55 **Faire Steuerpolitik**

56 Um finanziell sicher aufgestellt zu sein, braucht das Land in und nach der Krise
57 **verlässliche Einnahmen**. Deshalb werden wir GRÜNE uns auf Bundesebene für ein
58 **gerechteres Steuersystem** einsetzen, welches Steuern auf Kapital- und
59 Gewinneinkommen und auf große Vermögen erhöht. Gleichzeitig lehnen wir zum
60 jetzigen Zeitpunkt Steuersenkungen ab.

61 Die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten wie der CO₂-Steuer müssen an
62 die Bürger*innen zurückfließen, um Klima- und Umweltschutz und soziale
63 Gerechtigkeit miteinander zu verbinden.

64 Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und Sozialbetrug
65 werden wir konsequent bekämpfen. Deshalb unterstützen wir Initiativen des
66 Bundes, der EU oder auf internationaler Ebene, die zu mehr Steuergerechtigkeit
67 beitragen, **Steuerschlupflöcher schließen und Steueroasen austrocknen**.

68 **Steuergerechtigkeit** muss im Vollzug sichergestellt werden. Die rheinland-
69 pfälzische Steuerverwaltung sichert die Einnahmen des Landes und arbeitet
70 erfolgreich gegen Steuerhinterziehung. Deshalb wollen wir die Stellen im
71 Außendienst ausbauen, da sie mit ihrer Arbeit für Steuergerechtigkeit in
72 Rheinland-Pfalz sorgen.

73 Landesbeteiligungen müssen transparent sein. Wir konnten in den letzten Jahren
74 durchsetzen, dass sich das Land aus unnötigen Beteiligungen zurückgezogen hat,
75 indem der Flughafen Hahn sowie der Nürburgring verkauft wurden. Die **Kontrolle**
76 **der Landesbeteiligungen durch das Parlament** wollen wir verbessern.

77 **Digitale, zukunftsfähige Verwaltung**

78 Wir GRÜNE stehen für eine **digitale, bürgernahe und transparente Verwaltung**. In
79 einem Klick am Ziel: So soll der Behördengang der Zukunft aussehen. Der Service
80 des digitalen Bürgeramtes muss über eine App abrufbar, datenschutzkonform und
81 für alle Bürger*innen verständlich sein. Mit der Online-Wache der Polizei haben
82 wir bereits einen solchen Service auf den Weg gebracht. Wer beispielsweise einen

83 Diebstahl melden will, hat jetzt schon die Möglichkeit, das bequem digital zu
84 erledigen.

85 Eine **bürgerfreundliche Verwaltung ist eine aktiv kommunizierende Verwaltung**.
86 Bürgerfreundlichkeit bedeutet, Informationen und Zugänge **barrierefrei** und in
87 mehreren Sprachen sowie in **verständlicher und einfacher Sprache** anzubieten. Dazu
88 gehören auch Informationsmaßnahmen zu speziellen Themen. Verwaltung muss immer
89 offen für Anfragen und Anliegen von Bürger*innen sein. Unser Wunsch ist ein
90 Ticketsystem bei dem jede Anfrage online über ein Ticket gestellt wird, das
91 eindeutig zu zuordnen und nachzuverfolgen ist. So gelingt ein einfacher,
92 verlässlicher und digitaler Austausch mit der Verwaltung.

93 Die Einführung der **Elektronischen Akte** (E-Akte) vereinfacht die Abläufe intern
94 sowie zwischen der Verwaltung und den Bürger*innen. Gleichzeitig kommen wir dem
95 Ziel der **papierlosen Verwaltung** näher. Die Digitalisierung in der Verwaltung
96 muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein. Zukünftig sollen alle Landesbehörden
97 und -ämter mit offenen **WLAN-Hotspots** ausgestattet werden. Diese können auch von
98 Besucher*innen und Mitarbeiter*innen genutzt werden.

99 **Politik einfach zugänglich machen**

100 Politische Entscheidungen müssen transparent und nachvollziehbar sein. Deshalb
101 möchten wir den Livestream der Landtagssitzungen auch auf die Ausschusssitzungen
102 ausweiten. **Transparenz und Nachvollziehbarkeit** gelingt nur, wenn Informationen
103 frei zugänglich sind. Ein großer grüner Erfolg für eine neue Kultur der
104 Offenheit und **Partizipation in den Verwaltungen** ist deshalb die Umsetzung des
105 Landstransparenzgesetzes. Wir wollen dieses weiterentwickeln, um die
106 **Veröffentlichungspflicht** auch für Kommunen und Hochschulen geltend zu machen.

107 Öffentliche Daten sollen über das Open-Government-Data-Portal Rheinland-Pfalz
108 einfach abrufbar sein. Die Plattform muss sich sprachlich und inhaltlich
109 deutlich mehr durch Bürgernähe auszeichnen und einen **barrierefreien digitalen**
110 **Zugang zu Informationen** erlauben, kommunal- und landespolitisch.

111 **Korruptionsprävention**

112 Korruptionsbekämpfung muss auf allen staatlichen Ebenen verfolgt werden. Dafür
113 brauchen wir verbindliche Regeln. Deshalb wollen wir das bestehende
114 Lobbyregister ausweiten und eine Karenzzeit von drei Jahren für Mitglieder der
115 Landesregierung sowie Spitzenbeamt*innen einführen. Wir wollen zudem den **Schutz**
116 **von Hinweisgeber*innen** gewährleisten. Ein anonymisiertes Hinweisgebersystem kann
117 dabei helfen, dass Korruptionsfälle in Landes- und kommunalen Behörden gemeldet
118 werden. Die bestehende Einrichtung der **Vertrauensanwält*innen als wichtige**
119 **unabhängige Anlaufstellen** muss bekannter gemacht werden.

120 **Gute Arbeit im Landesdienst**

121 Unsere Landesbeamt*innen leisten hervorragende Arbeit. Ihnen gelten unser Dank
122 und unsere Wertschätzung. Ausgedrückt haben wir das in den vergangenen Jahren
123 über eine **Steigerung der Beamtensoldung**. Das Land als Arbeitgeberin ist überdies
124 auch für das Wohlergehen am Arbeitsplatz zuständig. Wir wollen die
125 Arbeitsbedingungen der Landesbeamt*innen modernisieren und verbessern. Dazu
126 zählt für uns ein umfassendes **Gesundheitsmanagement**, ein flexibles Modell für
127 **Altersteilzeit**, eine einfachere Möglichkeit des Wechsels aus und in das
128 Beamtenverhältnis sowie die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten.

129 **Lebenslanges Lernen** wollen wir unseren Beschäftigten **ermöglichen**. Wir
130 unterstützen das bestehende breite Angebot des Landes an
131 Fortbildungsmöglichkeiten und sehen aktuell einen besonders hohen Bedarf für
132 **Qualifizierungsmaßnahmen im digitalen Bereich**. Die Coronakrise führte zu einem
133 riesigen Digitalisierungsschub in unserer Landesverwaltung. Bei diesem Prozess
134 wollen wir alle Landesbediensteten mitnehmen.

135 **Zukunftsfähige Kommunen**

136 Politik wird in unseren Kommunen greifbar. In unseren Städten, Gemeinden und
137 Kreisen wird unsere grüne klimafreundliche und sozial gerechte Idee konkret,
138 wenn es zum Beispiel um die Frage geht, ob ein Gewerbegebiet auf der grünen
139 Wiese geplant oder die Jugendarbeit ausgebaut wird. Für diese Entscheidungen
140 sind das **Recht auf kommunale Selbstverwaltung und eine bedarfsgerechte**
141 **Finanzausstattung** essenziell.

142 Kommunale Ratsentscheidungen müssen für Bürger*innen nachvollziehbarer werden,
143 beispielsweise durch Livestreaming oder informativere Protokolle der
144 Ratssitzungen. Mehr Transparenz in der Kommunalverwaltung heißt für uns aber
145 auch, dass Bürger*innen wissen müssen, welche **Nebentätigkeiten von**
146 **Bürgermeister*innen und Landrät*innen** ausgeübt werden und wie viel Geld sie
147 dafür bekommen. Dazu brauchen wir eine verbindliche gesetzliche Regelung im
148 Umgang mit und zur Veröffentlichung von Nebeneinkünften.

149 **Vereinbarkeit von Familie und Beteiligung schaffen**

150 Wir GRÜNE wollen die Arbeit in kommunalen Gremien **familienfreundlicher gestalten**
151 **und die Jugendbeteiligung verpflichtend verankern**. Dafür benötigen wir
152 Unterstützungsangebote für die Ausübung des Mandats für Menschen mit zu
153 betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Ihnen sollen
154 Aufwendungen für die Betreuung erstattet werden.

155 **Kommunalfinanzen verbessern**

156 Wir wollen **lebenswerte und handlungsfähige Kommunen**. Deshalb müssen sie über
157 eine ausreichende **Finanzausstattung** verfügen. Aufgrund der Coronakrise ist die
158 finanzielle Lage der Kommunen nach einer positiven Entwicklung in den
159 vergangenen Jahren massiv ins Wanken geraten. Bund und Land haben Hilfsprogramme
160 aufgebaut, um die Einnahmeverluste der Kommunen abzufedern. Wir GRÜNE haben die
161 Hilfsprogramme des Bundes unterstützt, aber auch kritisiert, dass es noch immer
162 keine Lösung für das Problem der Altschulden gibt. Unser Ziel ist eine **stabile**
163 **finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen**. Deshalb müssen Land und
164 Bund ihre finanziellen Verpflichtungen gegenüber den **Kommunen** wahrnehmen.

165 Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) muss weiterhin konjunkturabhängig anwachsen.
166 Die Reform des KFA im Jahr 2018, bei der vor allem die hochverschuldeten Städte
167 bedacht wurden, zeigte positive Wirkung. Vor der Coronakrise konnten zahlreiche
168 Kommunen in Rheinland-Pfalz ihren **Haushalt ausgleichen** und mithilfe des
169 Kommunalen Entschuldungsfonds **Schulden abbauen**. Auf Landesebene wollen wir diese
170 gesetzlichen Stellschrauben im Blick behalten, damit nach der Coronakrise die
171 **positive Entwicklung fortgeschrieben wird**.

172 Auf Bundesebene fordern wir die Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine
173 **dynamische und dauerhafte Beteiligung** des Bundes in der Sozialgesetzgebung. Die
174 bisher geleisteten Pauschalen (Integration, Eingliederungshilfe etc.) sind nicht
175 ausreichend und bilden die Kosten nicht ab.

176 Wir setzen uns weiterhin für einen **Schuldenschnitt für hoch verschuldete**
177 **Kommunen** ein. Ein Altschuldenfonds, der jeweils zur Hälfte vom Bund und den
178 Ländern getragen wird, kann eine Lösung sein. Als Land sind wir bereit, unseren
179 Teil zur Lösung beizutragen.

180 Auch auf kommunaler Ebene fordern wir **Haushaltsdisziplin**. Die Zeiten für
181 prestigeträchtige Infrastrukturprojekte sind vorbei. Kommunen müssen ihre
182 Einnahmeseite in den Blick nehmen und nach der Krise ihre Realsteuerhebesätze am
183 bundesweiten Durchschnitt orientieren. Die Kommunalaufsicht hat bei der
184 Einhaltung der Haushaltsdisziplin eine tragende Rolle. Die Prüfung muss
185 **transparent, regelkonform, einheitlich und nachvollziehbar** auch für kommunale
186 Räte sein. Wir streben daher eine **Reform der Kommunalaufsicht** an.

187 **Kommunale Verwaltung ökologisch und serviceorientiert**

188 Kommunale Förderprogramme verbessern das Leben in unseren **Kommunen**. Deshalb
189 müssen die Vorgaben der Programme am **Klimaschutz und der Lebensqualität** der
190 Menschen orientiert sein. Damit die Mittel auch vor Ort ankommen, wollen wir
191 **Förderlotsen** und ein Beratungsangebot auf Landesebene.

192 Wir werden die begonnene **Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR)** weiter umsetzen.
193 Das Leitbild unserer Politik für starke **Kommunen** ist die Absicherung und
194 Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Rahmenbedingungen für kommunale
195 Strukturen wandeln sich durch den Bevölkerungsrückgang in einigen Landesteilen,
196 die Lage der kommunalen **Finanzen** durch Fortschritte im Bereich der
197 Digitalisierung. Uns GRÜNEN geht es bei einer Reform nicht zentral um
198 Kosteneinsparungen, sondern um die **Qualität der Verwaltung und den Service für**
199 **die Menschen** vor Ort. Aus bisherigen Erfahrungen und Erkenntnissen wissen wir:
200 Die Verwaltungsqualität ist in größeren Verwaltungseinheiten deutlich besser.

201 Lediglich auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen, kann keine Gebietsreform
202 ersetzen. Für uns ist klar: Wo immer **interkommunale Zusammenarbeit** sinnvoll ist,
203 wie im Bereich des Nahverkehrs, der Digitalisierung oder im Kulturbereich, soll
204 diese ausgebaut werden.

205 **Ländliche Räume stärken**

206 Alle Menschen müssen gleichwertig am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.
207 Dazu zählt, dass jede*r sich einfach fortbewegen kann – egal, ob in der Stadt
208 oder auf dem Land. Mit unserem Konzept einer **Mobilitätswende** sorgen wir dafür,
209 dass im **ländlichen Raum** mit einer **Mobilitätsgarantie** jede*r mit dem Nahverkehr
210 von A nach B kommt. Dabei setzen wir auf eine **bessere Anbindung** an überregionale
211 Bus- und Bahnlinien. Aber auch **Alternativkonzepte** wie E-Dorfautos und On-Demand-
212 Shuttleverkehr unterstützen das Angebot. Wir wollen **Mobilfunk und Glasfaser an**
213 **jeder Milchkanne** in Rheinland-Pfalz und setzen daher auf eine GRÜNE
214 Digitalisierungsoffensive – auch und gerade für den ländlichen Raum.

215 Um den ländlichen Raum weiter zu stärken, wollen wir **Dorfbüros** schaffen. Um
216 leerstehende Ortskerne wiederzubeleben, wollen wir Projekte vor Ort wie
217 Dorfläden oder Gemeinschaftskneipen mit ehrenamtlichem Personal fördern. Für
218 eine gute gesundheitliche Versorgung überall in Rheinland-Pfalz wollen wir
219 **regionale Gesundheitskonferenzen** einführen und uns für **genossenschaftliche**
220 **Gemeinschaftspraxen** einsetzen. Wir setzen auch im **ländlichen Raum** auf
221 hochwertige **Arbeits- und Fortbildungsplätze** sowie auf vielfältige, regional
222 angesiedelte **Bildungsmöglichkeiten** wie beispielsweise den sehr erfolgreichen
223 Umweltcampus Birkenfeld.

224 Nachhaltige Landesplanung

225 Das Ziel, die Flächenneuversiegelung bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu
226 begrenzen, wurde bundesweit deutlich verfehlt. Mit **grüner Flächen- und**
227 **Bodenpolitik** möchten wir hier eingreifen und durch die Verbindung ökonomischer
228 Ziele mit denen für eine nachhaltige, regional angepasste Entwicklung ein
229 starkes Potenzial für eine **nachhaltige regionale Wirtschaftsentwicklung**
230 entfalten. Dafür brauchen wir eine stärkere Ausrichtung von **Landesplanung,**
231 Raumordnung und Regionalplanung auf regionale Wohnraumbedarfe sowie auf eine
232 nachhaltige, ressourcenschonende Entwicklung.

233 Ökologischer Landesentwicklungsplan

234 Auf Landesebene werden wir uns für eine ökologische Weiterentwicklung des
235 Landesentwicklungsplans IV einsetzen. Dazu gehört für uns die nachhaltige am
236 Klimaschutzziel orientierte Anpassung der Kriterien zur Ausweisung von Flächen
237 für die **Erzeugung Erneuerbarer Energien**. Dazu gehören ebenso die Aufwertung der
238 Biotopvernetzung in der Verkehrs- und Siedlungsplanung sowie eine strenge
239 Begrenzung der Neuversiegelung von Flächen. Viele verschiedene Nutzungsformen
240 wie beispielsweise Landwirtschaft oder Straßenbau konkurrieren miteinander um
241 die knappe Ressource Fläche. Unser langfristiges Ziel ist eine **neutrale**
242 **Flächenbilanz** – das heißt, eine Fläche darf nur neu versiegelt werden, wenn eine
243 andere entsiegelt wird. Für uns ist der Grundsatz: **Innen- vor Außenentwicklung**
244 weiterhin die Leitlinie jeder Planung.

245 Vorrang für eine nachhaltige Dorf- und Stadtentwicklung

246 Bodenspekulationen, welche die Preise künstlich in die Höhe treiben, ohne einen
247 gesellschaftlichen Mehrwert zu generieren, heizen die bestehende
248 Flächenkonkurrenz an. Wir werden die **Kommunen** aktiv dabei unterstützen, diese
249 Herausforderung zu bewältigen, indem wir uns für eine bundesgesetzliche **Stärkung**
250 **des Vorkaufsrechtes** der Gemeinden einsetzen. Wir werden es den **Kommunen**
251 ermöglichen, Konzeptvergaben Vorrang zu gewähren, sodass sie beispielsweise ein
252 **ökologisch-soziales Quartierskonzept** gegenüber einer Höchstpreisvergabe
253 bevorzugen können. Dies erleichtert die Umsetzung sozialer und ökologischer
254 Kriterien in der Stadt- und Dorfentwicklung. Grundstücke in öffentlicher Hand
255 sollen möglichst in öffentlicher Hand bleiben. Wir möchten, dass die Gemeinden –
256 selbst wenn hochverschuldet – einen möglichen Flächentausch oder einen
257 Erbpachtvertrag vor einer Veräußerung prüfen. Wir werden dabei gemeinwohl- und
258 ökologisch orientierte Pächter*innen von öffentlichen Flächen bevorzugen.

259 Lebenswerte Städte und Dörfer

260 Unsere Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme sind Investitionen in die
261 Zukunft. Aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise und des Artensterbens
262 müssen wir diese Instrumente dringend an die Herausforderungen unserer Zeit
263 anpassen. Wir werden die **Städtebauförderung und Dorferneuerungsprogramme** an
264 ökologischen und klimaschützenden Kriterien ausrichten und die vorhandenen
265 Potenziale im bestehenden Gebäudebestand nutzen. Die vielen Planungsebenen
266 wollen wir besser verzahnen, damit sie sinnvoll ineinandergreifen und gemeinsame
267 Wirkeffekte erzielen. So wollen wir, dass Klimaschutz-, Hochwasservorsorge-
268 Grünflächen- und Quartierkonzepte ganzheitlich und umfassend in Flächennutzungs-
269 und Bebauungsplänen integriert werden.

270 Hierfür werden wir für unsere Gemeinden und Städte **nachhaltige**
271 **Planungsinstrumente** wie beispielsweise den Folgekostenrechner oder den RaumPlus

272 Monitor weiterentwickeln und um Softwarelösungen zur Anpassung an die Folgen der
273 Klimakrise erweitern.

274 **Bauen für eine klimaneutrale Zukunft**

275 Der Bausektor ist unbestritten ein wichtiger Wirtschaftszweig, in dem unzählige
276 Menschen Arbeit finden. Doch leider werden viele Bautätigkeiten noch nicht an
277 den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet. Für unser Klima und unsere
278 Umwelt bedeutet das hohe Energiekosten und hoher CO₂-Ausstoß bei der Herstellung
279 von Baustoffen, Schadstoffe im Baumaterial, mangelnde Recyclingfähigkeit und
280 teilweise kurze Lebensdauer der Materialien. Wir wollen deshalb das **Bauen** hin zu
281 einer **ganzheitlichen Betrachtung von Ökologie, Ökonomie und soziokultureller**
282 **Qualität** entwickeln.

283 **Priorität für Klimaschutz und Ökologie**

284 Die Landesbauordnung enthält zahlreiche Regelungen für die Sicherheit und den
285 Schutz der Menschen in den Gebäuden. Sie enthält aber kaum Regelungen zum Schutz
286 unseres Klimas und unserer Natur. Wir werden dies ändern, indem wir in der
287 **Landesbauordnung ökologische Kriterien etablieren**, die eine naturnahe Begrünung
288 von Flachdächern, geeigneten Fassaden und Vorgärten zur Pflicht machen. Leblose
289 Schotter und Steinwüsten wollen wir abschaffen. Dafür setzen wir auf eine
290 **Beratung für pflegearme und naturfreundliche Gärten, die** wir gemeinsam mit
291 unseren Garten- und Landschaftsbauunternehmen planen und angehen möchten.

292 Wir werden **mehr Stellplätze für Fahrräder** schaffen, damit jede*r Bewohner*in
293 eines Mehrfamilienhauses eine umweltschonende Alternative zum eigenen Auto vor
294 der Tür hat. Die **zukunftsfähige Elektromobilität** werden wir bereits bei der
295 Bauplanung beachten und entsprechende **Leitungsinstallationen in den Garagen**
296 vorhalten.

297 **Klimaangepasst und nachhaltig bauen**

298 Wir werden in allen öffentlichen Ausschreibungen dafür sorgen, dass wichtige
299 Aspekte wie **Ökobilanz, Lebenszykluskosten und Recyclingfähigkeit verpflichtend**
300 beachtet werden müssen und weiterhin regionaltypische Baumaterialien, wie Holz,
301 Schiefer oder Blocksandstein, zum Einsatz kommen können. Auch Ausschreibungen
302 auf kommunaler Ebene sollen entsprechende Aspekte berücksichtigen. Mit einer
303 **landesweiten Holzbaustrategie** werden wir das nachhaltige **Bauen** mit Holz
304 weiterhin stärken und möglichst zertifizierte, regionale Holzprodukte in
305 öffentlichen Baumaßnahmen bevorzugen.

306 Die Nachhaltigkeit soll verpflichtend für sämtliche Bautätigkeit in Rheinland-
307 Pfalz werden. Wir werden deshalb für alle öffentlichen Bauvorhaben im Land –
308 seien es kommunale Verwaltungsgebäude, Schulbauten oder KiTas – das
309 **Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen** anwenden. Denkmalschutz, Energieerzeugung
310 mit Erneuerbaren und Klimaschutz werden wir miteinander verbinden. Die Standards
311 der baubiologischen Qualitätssicherung in der Bauabnahme sind in allen
312 öffentlichen Bauvorhaben zu beachten. Um die Kriterien des nachhaltigen **Bauens**
313 landesweit einzusetzen, wollen wir eine **Förderung des Landes zur Erstellung von**
314 **Ökobilanzen** bei gewerblichen und privaten Neubaumaßnahmen prüfen. Bei Neubauten
315 und Dachsanierungen werden wir eine **Solarpflicht** einführen.

316 **Klimaschutz im Bestand stärken**

317 Mit Blick auf die fortschreitende Klimakrise werden wir in den nächsten Jahren
318 sehr viele Sanierungsprojekte angehen und möchten dabei den **Denkmalschutz und**

319 **den Klimaschutz miteinander verbinden.** Wir setzen uns daher für eine kostenlose
320 Erstberatung für energetische Sanierungen im Bestand ein. Wer sich für eine
321 Sanierung und die Verwendung von ökologischen Baustoffen sowie für den Verzicht
322 auf fossile Brennstoffe entschließt, soll dabei vom Land unterstützt werden. Die
323 Sanierung und Weiterentwicklung von **innovativen Quartierskonzepten**, welche
324 ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen, werden wir weiterhin fördern.
325 Um den vielen Anforderungen gerecht zu werden und eine effiziente und schnelle
326 Planung zu garantieren, werden wir die **personelle und konzeptionelle Stärkung**
327 **der Bauverwaltungen** im Land prüfen.

328 **Sport verbindet**

329 Sport fördert die Gesundheit und schafft Begegnung. Auf Sportplätzen oder in
330 Sporthallen kommen Menschen aus allen sozialen Schichten zusammen. Sport
331 verbindet unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Herkunft, Religion,
332 Weltanschauung oder sexueller Orientierung. Für uns GRÜNE ist Sport mehr als
333 Bewegung. Ob im Spitzen-, Vereins-, Breiten-, Schul- und Freizeitsport –
334 **Fairness und Gerechtigkeit** stehen im Mittelpunkt. Wir GRÜNE wollen eine
335 **vielfältige Sportlandschaft im Vereins- und Breitensport** in Rheinland-Pfalz
336 fördern.

337 Uns GRÜNEN ist die Gleichheit und Unversehrtheit aller Menschen wichtig. Daher
338 wollen wir **Inklusion im Sport** besonders fördern. Wir unterstützen **Projekte gegen**
339 **Rassismus, Homofeindlichkeit und Gewalt**. Unser Augenmerk liegt bei der Förderung
340 von Sportprojekten auf sozial benachteiligten Gruppen, denn weder der Geldbeutel
341 noch der Aufenthaltsstatus darf Menschen den Zugang zum Sport verwehren. Weiter
342 vorantreiben wollen wir die **Vereinbarkeit von Sport und Klimaschutz** durch eine
343 kontinuierliche Förderung von klimafreundlichen Sportprojekten.

344 Sport hat eine Vorbildfunktion. Wir GRÜNE wollen den **Kampf gegen Doping**
345 weiterführen und die Aufklärungsarbeit im Kinder- und Jugendsportbereich
346 stärken. Die Verantwortung für einen fairen und sauberen Sportwettkampf liegt
347 beim Sport selbst. Bei der Anti-Doping-Arbeit der Nationalen Anti-Doping Agentur
348 (NADA) setzen wir auf die **Eigenverantwortung** des **Sports**, ohne die
349 Steuerzahler*innen zu belasten.

350 **eSport als eigene Sportart anerkennen**

351 In der Digitalisierung liegt die Zukunft. Nicht nur in der Forschung oder der
352 öffentlichen Infrastruktur sorgt sie für ein fortschrittliches Miteinander. Auch
353 im gesellschaftlichen Zusammenleben schafft sie neue Begegnungen. Ein gutes
354 Beispiel ist der **Sport**. Schon längst passiert der **sportliche Wettkampf** nicht nur
355 auf dem Sportfeld, sondern auch am Computer. Bistlang ist eSport im deutschen
356 Vereins- und Verbandwesen nicht anerkannt, sodass er weder von steuerrechtlichen
357 Vergünstigungen noch staatlichen Förderungen profitiert. Wir GRÜNE unterstützen
358 die Anerkennung von **eSport als eigene Sportart**.

359 **Nachhaltige Vorgaben für Events und Sportstätten**

360 Die integrative Kraft vom Sport zeigt sich bei Großveranstaltungen. Diese
361 stellen für das Land einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Der Erfolg solcher
362 Veranstaltungen muss sich an **sozialen und ökologischen Maßstäben** messen lassen.
363 Wir setzen darauf, dass die Vergabe und Organisation von Großveranstaltungen
364 transparent verläuft und sich an nachhaltigen Zielen orientiert. Durch ein
365 Mitspracherecht soll die Zivilgesellschaft beteiligt werden.

366 **Zugang zu modernen Sportstätten fördern**

367 Damit **Sport** überall in Rheinland-Pfalz möglich ist, setzen wir uns für den
368 **Erhalt und den Ausbau von Sportstätten** im Land ein. Wir GRÜNE wollen
369 Sportstätten bedarfsorientiert fördern, sie erhalten und sinnvoll nutzen. Dabei
370 ist Kunstrasen auf Sportstätten ein Tabu. Mikroplastik gefährdet die Gesundheit
371 von Menschen und ist schädlich für die Umwelt. Wir GRÜNE wollen **Neu- und**
372 **Umbaumaßnahmen bei Kunstrasenplätzen** fördern, damit der Sportbetrieb sicher,
373 umweltfreundlich und ohne lange Unterbrechung weiterläuft.

374 Jedes Kind sollte nach der Grundschule schwimmen können. Deswegen brauchen wir
375 **Seepferdchen für alle**. Um das zu erreichen, wollen wir die maroden Schwimmbäder
376 im Land im Rahmen eines **Sonderförderprogramms sanieren**.